

II-4541 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2269/J

1978 -12- 15

A n f r a g e

der Abgeordneten MEISSL, DR. SCRINZI, MELTER
 an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
 betreffend Schaffung eines überparteilichen Bundesseniorenrates

In der Erklärung der Bundesregierung vom 5. November 1975 beschäftigte sich der Herr Bundeskanzler gleich eingangs auch mit den Problemen älterer Menschen, wobei er auf die Notwendigkeit hinwies, einer Diskriminierung dieser Gruppe, wie sie z.B. in den USA feststellbar sei, in Österreich mit Nachdruck entgegenzuwirken. Unter anderem führte der Herr Bundeskanzler diesbezüglich aus:

"Inwieweit Seniorenräte und andere Einrichtungen geschaffen werden sollen, bedarf der Diskussion der Pensionistenverbände mit den zuständigen Ressortministern. Jedenfalls wird allen damit zusammenhängenden Problemen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, und man kann davon ausgehen, daß es in dieser Legislaturperiode zu beachtenswerten Entwicklungen auf diesem Gebiet kommen wird."

Unter Bezugnahme auf diese Feststellungen richteten die unterzeichneten Abgeordneten am 17.11.1977 an die Bundesregierung eine schriftliche Anfrage (Nr. 1463/J) mit folgender Fragestellung:

- "1. Was wurde bezüglich der Schaffung von Seniorenräten bisher konkret unternommen?
2. Welche Maßnahmen werden in dieser Gesetzgebungsperiode noch ergriffen werden, um die Wahrung der Interessen älterer Menschen auf eine bessere Grundlage zu stellen?"

In seiner Anfragebeantwortung (Nr. 1468/AB) führte der Herr Bundeskanzler namens der Bundesregierung unter anderem aus, daß es der Initiative der einzelnen Pensionistenorganisationen überlassen bleiben solle, die ihnen notwendig erscheinenden Körperschaften ins Leben zu rufen. Gleichzeitig

- 2 -

wies er darauf hin, daß "sich bereits im Jahr 1975 ein Bundesseniorenrat als Verein konstituiert" habe und daß die "Bemühungen dieser Vereinigung, möglichst viele der bestehenden Pensionistenorganisationen einzubinden, noch im Gange" seien.

Tatsächlich handelt es sich bei diesem "Bundesseniorenrat" jedoch nur um eine einseitig von der SPÖ ins Leben gerufene Einrichtung, welcher ein überparteilicher Charakter von vornherein abgesprochen werden muß.

In diesem Zusammenhang vertreten die unterzeichneten Abgeordneten die Auffassung, daß es durchaus angebracht wäre, wenn es der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung - als Leiter jenes Ressorts, das zu den die Pensionisten betreffenden Belangen in einem besonderen Naheverhältnis steht - übernehmen würde, durch Vermittlung zwischen den einzelnen Pensionistenorganisationen an der Konstituierung eines wirklich überparteilichen Bundesseniorenrates mitzuwirken.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

Wie lautet Ihre grundsätzliche Stellungnahme zur gegenständlichen Problematik, bzw. was wird hier von Ihrer Seite unternommen werden?